

144070-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen in Verbindung mit Software – DEW21; Planungs- und Prognoseplattform inkl. Module (SaaS)

OJ S 42/2026 02/03/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Dortmunder Energie- und Wasserversorgung GmbH

E-Mail: stefan.mager@luther-lawfirm.com

Rechtsform des Erwerbers: Von einer regionalen Gebietskörperschaft kontrolliertes öffentliches Unternehmen

Tätigkeit des Auftraggebers: Mit Strom zusammenhängende Tätigkeiten

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: DEW21; Planungs- und Prognoseplattform inkl. Module (SaaS)

Beschreibung: Die DEW21 verfolgt künftig einen datenplattformzentrierten Ansatz, bei dem eine zentrale, skalierbare und hochflexible Planungsplattform das Herzstück aller Planungs-, Prognose- und Reporting-prozesse bildet. Integrierte Fachmodule (Controlling, Liquidität, Netz, Vertrieb, usw.) werden dieser Datenplattform untergeordnet und über standardisierte, bidirektionale Schnittstellen angebunden.

Kennung des Verfahrens: f8e8b4f2-495a-4647-a836-25d9b3ac2d00

Interne Kennung: 3468902

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

Zentrale Elemente des Verfahrens: 1. Das vom Auftraggeber durchgeführte Verfahren ist ein Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb nach Maßgabe der SektVO. Das Verhandlungs-verfahren mit Teilnahmewettbewerb ist nach § 13 Abs. 1 SektVO als Regelverfahren zulässig. Die vergaberechtlichen Grundsätze der Transparenz des Verfahrens und der Gleichbehandlung aller Bewerber und Bieter werden im gesamten Verfahren streng beachtet. Die Frist zur Einreichung eines Teilnahmeantrags wurde nach § 15 Abs. 2 S. 2 SektVO auf 15 Tage verkürzt. 2. Die Vergabeunterlagen enthalten weitere Informationen über den Beschaffungsbedarf des Sektorenauftraggebers, insbesondere Angaben zu Eignungs- und Zuschlagskriterien. Die Vergabeunterlagen sind von Beginn des Verfahrens an über die angegebene Internetplattform abrufbar. 3. Diese Bekanntmachung leitet den vorgeschalteten Teilnahmewettbewerb ein. Die für die Teilnahme am Verfahren erforderlichen Formulare können über den angegebenen Link heruntergeladen werden. 4. Im Anschluss an den Teilnahmewettbewerb werden die ausgewählten Bewerber zur Abgabe eines Angebotes auf Basis der Vergabeunterlagen aufgefordert. 5. Der Sektorenauftraggeber behält sich vor, den Zuschlag auf das Erstangebot zu erteilen sowie - falls zutreffend - die Verhandlungen in verschiedenen aufeinanderfolgenden Phasen abzuwickeln, um so die Zahl

der Angebote, über die verhandelt wird, anhand der vorgegebenen Zuschlagskriterien zu verringern. Im Übrigen wird auf die Vergabeunterlagen, insbesondere die Angebotsbedingungen verwiesen.

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 72260000 Dienstleistungen in Verbindung mit Software

Zusätzliche Einstufung (cpv): 72263000 Software-Implementierung, 72268000 Bereitstellung von Software

2.1.2. Erfüllungsort

Land: Deutschland

Ort im betreffenden Land

2.1.3. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 1,00 EUR

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: #Bekanntmachungs-ID: CXPSYDFDGRS# Der Auftraggeber ist im Rahmen des Vergabeverfahrens gehalten, personenbezogene Daten zu erheben, zu verarbeiten und zu speichern. Weitere Informationen sind dem Dokument "Information DSGVO" zu entnehmen. Auskunftersuchen des Interessenten sind ausschließlich über die Vergabepattform an den Auftraggeber zu richten. Andere Stellen dürfen keine Auskünfte erteilen. Dennoch anderweitig erlangte Auskünfte sind unbeachtlich.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/25/EU

sektvo -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten:

Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Betrug: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Korruption: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Zahlungsunfähigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: DEW21; Planungs- und Prognoseplattform inkl. Module (SaaS)

Beschreibung: Ziel der Beschaffung ist sowohl die Ablösung des bestehenden BI-Systems als auch bisher autark betriebene Insellösungen mit der Gesamtplanung optimaler zu verbinden. Die Planungs- und Prognoseplattform fungiert hierbei als verbindendes Element um sämtliche Planungs-, Prognose- und Reportingmodule konsistent zu unterstützen. Die Planungs- und Prognoseplattform soll insbesondere folgende Funktionen erfüllen: - Zentrale Speicherung, Harmonisierung und Provisionierung aller relevanten Daten (Plan, Ist, Prognose) - Bidirektionale Anbindung an moderne Cloud-Datenplattformen wie Snowflake - Flexible Integration von Modulen (Controlling, Liquidität, Netz, Vertrieb, ...). - Sicherstellung einer einheitlichen Datenlogik und Governance. Erwartet wird darüber hinaus, dass vorkonfigurierte Best-Practice-Module als Startpunkt im Rahmen der Implementierung eingebracht werden und diese gemeinsam mit DEW21 zielgerichtet anpasst werden können. Der Schwerpunkt liegt dabei nicht allein auf dem Standardprodukt, sondern auf der qualitätsgesicherten Modellierung, der Integration (ETL/Schnittstellen) sowie der Befähigung von Power Usern zur eigenständigen Weiterentwicklung sowie Administrierung des Systems. Im Übrigen wird auf die Leistungsbeschreibung verwiesen.

Interne Kennung: 3468902

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 72260000 Dienstleistungen in Verbindung mit Software

Zusätzliche Einstufung (cpv): 72263000 Software-Implementierung, 72268000 Bereitstellung von Software

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Es wird auf die Überprüfungsklausel für die Beauftragung weiterer Module im Vertrag unter Ziff. 17.8 verwiesen: a) Der Auftraggeber ist berechtigt

entsprechend der Regelungen der Ziffer 17 EVB-IT System-AGB die Bereitstellung, Implementierung und entsprechendes Customizing weiterer Module für die Planungs- und Prognoseplattform zu beauftragen. Als weitere Module gelten insbesondere die in Anlage Nr. 2 initial beschriebenen Module "Netzmodul" und "Vertriebsmodul". Darüber hinaus besteht ein entsprechendes Beauftragungsrecht für gleichartige Module der Planungs- und Prognoseplattform. b) Abweichend von 17.1 EVB-IT System AGB ist die Nutzung des "Muster 3 - Änderungsverfahren EVB-IT Systemvertrag" nicht zu verwenden. Die Parteien werden sich über ein abweichendes zu verwendendes Dokument einigen. c) Die Vergütung der Implementierungs- und Customizingleistungen für weitere Module erfolgt gemäß an vereinbarten Stundensätzen gemäß Anlage Nr. 3.

5.1.2. Erfüllungsort

Land: Deutschland
Ort im betreffenden Land

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 48 Monate

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 10

Weitere Informationen zur Verlängerung: Vgl. Ziff. 4.4.1 des Vertrages: Der Vertrag verlängert sich um 12 Monate, wenn er nicht mit einer Frist von drei Monaten zum Ende der Mietdauer gekündigt wird. Hinweis: Der abzuschließende Vertrag hat keine Laufzeitbegrenzung. Die in dieser Bekanntmachung angegebene Anzahl der maximalen Verlängerungen ist insofern nur systembedingt und nicht bindend.

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja
Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Eintragung in ein relevantes Berufsregister

Beschreibung des Eignungskriteriums: Alle geforderten Nachweise und Erklärungen sind mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen. Im Falle einer Bewerbungsgemeinschaft sind sämtliche unter diesem Abschnitt "Eintragung in ein relevantes Berufsregister" aufgeführten Unterlagen jeweils von allen Mitgliedern der Bewerbungsgemeinschaft vorzulegen. Die unter den Abschnitten "Technische und berufliche Leistungsfähigkeit" und "Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit" aufgeführten Unterlagen können für die Bewerbungsgemeinschaft insgesamt vorgelegt werden. Die Vergabestelle behält sich vor Zuschlagserteilung vor, Führungszeugnisse sowie Gewerbezentralregisterauszüge zu fordern. In jedem Fall erfolgt vor Erteilung des Zuschlags eine Abfrage bei dem Wettbewerbsregister. Ausländische Bewerber haben gleichwertige Nachweise der für sie zuständigen Behörde/Institution ihres Heimatlandes beizubringen. Zusätzlich sind diese ins Deutsche zu übersetzen. Folgende

Eigenerklärungen und Nachweise sind im Einzelnen erforderlich: 1. Soweit zutreffend: Bewerbergemeinschaftserklärung. Hierfür ist das Formular I "Erklärung der Bewerbergemeinschaft" zu verwenden; 2. Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB. Die Erklärung kann durch die Abgabe des den Vergabeunterlagen beigefügten Formulars II "Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen" erbracht werden; 3. Aktueller Auszug aus dem Handels- oder Berufsregister nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Herkunftslandes. Falls keine Eintragungspflicht im Handelsregister besteht, eine formlose Erklärung, weshalb für den Bewerber keine Eintragungspflicht besteht nebst Angaben zu vertretungsberechtigten Personen. 4. Erklärung zu § 19 Abs. 3 MiLoG. Hierfür ist das Formular III "Erklärung zu § 19 Abs. 3 MiLoG" zu verwenden. 5. Eigenerklärung zur Umsetzung von Artikel 5k Absatz 3 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022. Hierfür ist das Formular IV "Eigenerklärung zur Umsetzung von Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 22 der Verordnung (EU) 2023/1214 des Rates vom 23. Juni 2023" zu verwenden. 6. Eigenerklärung zum LkSG. Hierfür ist das Formular V zu verwenden.

Kriterium: Durchschnittlicher Jahresumsatz

Beschreibung des Eignungskriteriums: Die unter diesem Abschnitt "Durchschnittlicher Jahresumsatz" geforderten Erklärungen und Nachweise sind vom Bewerber bzw. einer Bewerbergemeinschaft als solcher oder getrennt von jedem Mitglied vorzulegen. Im Übrigen gilt das unter Abschnitt "Eintragung in ein relevantes Berufsregister Eignung" ausgeführte. Geforderte Erklärungen/Nachweise sind: 7. Erklärung zum Gesamtumsatz des Unternehmens in EUR (netto) jeweils bezogen auf die letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre. Hierfür ist das Formular VI "Eigenerklärung zu den Umsätzen" zu verwenden und vollständig auszufüllen. Mindestanforderung: Es sind folgende Mindestanforderungen nachzuweisen / einzuhalten: Ein Gesamtumsatz von mindestens 2 Mio. EUR (netto) in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren muss im Mittel erreicht oder überschritten worden sein. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen
Gewichtung (Punkte, genau): 10,00

Kriterium: Supply-Chain-Management

Beschreibung des Eignungskriteriums: 8. Eigenerklärung zum Unternehmen mit Aussagen zu (i) Hauptsitz des Unternehmens, (ii) Gründungsjahr, (iii) Gesellschafter und Konzernzugehörigkeit, (iv) Standorten, von denen aus der Auftrag umgesetzt werden würde. Hierzu ist das Formular VII "Eigenerklärung zum Unternehmen" zu verwenden sowie ein eigens zu erstellendes Organigramm zu erstellen. Soweit erforderlich, sind die darin genannten Erklärungen in separaten Nachweisen zu erstellen.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Die unter diesem Abschnitt "Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen" geforderten Erklärungen und Nachweise sind vom Bewerber bzw. einer Bewerbergemeinschaft als solcher oder getrennt von jedem Mitglied vorzulegen. Im Übrigen gilt das unter Abschnitt "Eintragung in ein relevantes Berufsregister Eignung" ausgeführte. Geforderte Erklärungen/Nachweise sind: 9. Es müssen Eigenerklärungen über mindestens zwei Unternehmensreferenzen eingereicht werden. Die Referenz muss jeweils folgende Mindestanforderungen kumulativ erfüllen: a) Bereitstellung und Betrieb einer Plattform für Planung, Budgetierung, Prognose und Reporting als SaaS, insb. im Finanzwesen (GuV, Cashflow und Bilanz); b) Im Rahmen der Implementierung erfolgte die Anbindung der Plattform an mindestens eine Datenquelle bzw. ein VORSYSTEM über Standard- und/oder

Individual-Connectoren. Die angebundenen Datenplattformen und/oder ERP-Systeme sind konkret zu benennen; c) Umsetzung muss innerhalb eines großen oder mittelständischen Unternehmens erfolgt sein (User-Anzahl mind. 50); d) Die Bereitstellung der Software darf nicht länger als 3 Jahre zurück liegen und das System muss mind. seit einem Jahr produktiv genutzt werden bzw. genutzt worden sein. Maßgeblich ist das Datum des Go-Live; e) Der Referenzauftrag muss ferner die Erbringung von Supportleistungen und die Durchführung von Wartungen und Updates umfasst haben. Andernfalls erfolgt ein Ausschluss. f) Informatorisch mitzuteilen: Erfüllt die Software folgende Funktionalitäten, die im Rahmen des Referenzprojekts nachweislich im produktiven Einsatz waren: - Selfservice-Administration - Performante Datenverarbeitung Dabei ist jeweils eine aussagekräftige Kurzbeschreibung des Auftragsinhalts einzureichen. In der Referenz sind folgende Informationen vollständig und eindeutig darzustellen: Name des Auftraggebers, Projektbezeichnung, Projektzeitraum Beginn und Ende (Angabe jeweils Monat/Jahr), Name und Kontaktdaten eines Ansprechpartners beim Auftraggeber des Referenzprojekts (Telefon, Mail). Hierzu ist das Formular VIII.1

"Unternehmensreferenzen Einführung und Betrieb einer Planungs- und Prognoseplattform inkl. Module (SaaS) zu verwenden und ggf. zu vervielfältigen. Mindestanforderungen: Die unter den Ziff. a) - e) genannten Anforderungen sind kumulativ nachzuweisen / einzuhalten. Andernfalls erfolgt ein Ausschluss. Die Anzahl der über die Mindestanforderung hinaus eingereichten Unternehmensreferenzen Einführung und Betrieb einer Planungs- und Prognoseplattform inkl. Module (SaaS) ist im Rahmen der Reduzierungskriterien relevant. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 45,00

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Die unter diesem Abschnitt "Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen" geforderten Erklärungen und Nachweise sind vom Bewerber bzw. einer Bewerbungsgemeinschaft als solcher oder getrennt von jedem Mitglied vorzulegen. Im Übrigen gilt das unter Abschnitt "Eintragung in ein relevantes Berufsregister Eignung" ausgeführte. Geforderte Erklärungen/Nachweise sind: 10. Es müssen Eigenerklärungen über mindestens zwei Unternehmensreferenzen eingereicht werden. Die Referenz muss folgende Mindestanforderungen kumulativ erfüllen: a) Konzeption, Konfiguration und Einführung standardisierter und/oder kundenspezifischer Module b) Die Umsetzung erfolgte innerhalb eines großen oder mittelständischen Unternehmens c) Die Implementierung der Module darf nicht länger als drei Jahre zurückliegen (ab dem Zeitpunkt der EU-weiten Bekanntmachung) Andernfalls erfolgt ein Ausschluss. d) Die Implementierungsdauer ist informatorisch anzugeben (Zeitpunkt ab Auftragserteilung bis zum Go-Live) e) Informatorisch: Bitte beschreiben Sie, welche Tätigkeiten die Implementierungsleistungen umfassten (insbesondere konzeptionell, technisch und organisatorisch). Wie gestaltete sich die Zusammenarbeit mit dem Auftraggeber, wie ist ein Wissenstransfer sichergestellt worden? Dabei ist jeweils eine aussagekräftige Kurzbeschreibung des Auftragsinhalts einzureichen. In der Referenz sind folgende Informationen vollständig und eindeutig darzustellen: Name des Auftraggebers, Projektbezeichnung, Projektzeitraum Beginn und Ende (Angabe jeweils Monat /Jahr), Name und Kontaktdaten eines Ansprechpartners beim Auftraggeber des Referenzprojekts (Telefon, Mail). Hierzu ist das Formular VIII.2 Implementierungsleistungen im Zusammenhang mit einer Planungs- und Prognoseplattform inkl. Module (SaaS) zu verwenden und ggf. zu vervielfältigen. Mindestanforderungen: Die unter den Ziff. a) - c) genannten Anforderungen sind nachzuweisen / einzuhalten. Andernfalls erfolgt ein Ausschluss. Die Anzahl der über die Mindestanforderung hinaus eingereichten Unternehmensreferenzen Implementierungsleistungen im Zusammenhang mit einer Planungs-

und Prognoseplattform inkl. Module (SaaS) ist im Rahmen der Reduzierungskriterien relevant. Hinweis: Für die Unternehmensreferenzen "Einführung und Betrieb einer Planungs- und Prognoseplattform inkl. Module (SaaS) (Formular VIII.1) und "Implementierungsleistungen im Zusammenhang mit einer Planungs- und Prognoseplattform inkl. Module (SaaS)" (Formular VIII.2) kann jeweils dasselbe Referenzprojekt eingereicht werden.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Die unter diesem Abschnitt "Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen" geforderten Erklärungen und Nachweise sind vom Bewerber bzw. einer Bewerbungsgemeinschaft als solcher oder getrennt von jedem Mitglied vorzulegen. Im Übrigen gilt das unter Abschnitt "Eintragung in ein relevantes Berufsregister Eignung" ausgeführte.

Geforderte Erklärungen/Nachweise sind: 11. Der vorgesehene Projektleiter und stellv.

Projektleiter sind im Formular IX "Projektleitung" zu benennen. 12. Es muss eine

Eigenerklärung über mindestens eine persönliche Referenz des Projektleiters eingereicht

werden. Die Referenz muss folgende Mindestanforderungen kumulativ erfüllen: Projektleitung

über: a) Bereitstellung und Betrieb einer Plattform für Planung, Budgetierung, Prognose und

Reporting als SaaS, insb. im Finanzwesen (GuV, Cashflow und Bilanz); b) Im Rahmen der

Implementierung erfolgte die Anbindung der Plattform an mindestens eine Datenquelle bzw.

ein Vorsystem über Standard- und/oder Individual-Connectoren. Die angebundenen

Datenplattformen und/oder ERP-Systeme sind konkret zu benennen; c) Umsetzung muss

innerhalb eines großen oder mittelständischen Unternehmens erfolgt sein (User-Anzahl mind.

50) d) Die Bereitstellung der Software darf nicht länger als 3 Jahre zurück liegen und das

System muss mind. seit einem Jahr produktiv genutzt werden bzw. genutzt worden sein.

Maßgeblich ist das Datum des Go-Live. e) Der Referenzauftrag muss ferner die Erbringung

von Supportleistungen und die Durchführung von Wartungen und Updates umfasst haben. f)

Der Referenzauftrag umfasste die Konzeption, Konfiguration und Einführung standardisierter

und/oder kundenspezifischer Module Andernfalls erfolgt ein Ausschluss. g) Informatorisch

mitzuteilen: Erfüllt die Software folgende Funktionalitäten, die im Rahmen des

Referenzprojekts nachweislich im produktiven Einsatz waren: - Selfservice-Administration -

Performante Datenverarbeitung h) Die Implementierungsdauer ist informatorisch anzugeben

(Zeitpunkt ab Auftragserteilung bis zum Go-Live) i) Informatorisch: Bitte beschreiben Sie,

welche Tätigkeiten die Implementierungsleistungen umfassten (insbesondere konzeptionell,

technisch und organisatorisch). Wie gestaltete sich die Zusammenarbeit mit dem

Auftraggeber, wie ist ein Wissenstransfer sichergestellt worden? Dabei ist jeweils eine

aussagekräftige Kurzbeschreibung des Auftragsinhalts einzureichen. In der Referenz sind

folgende Informationen vollständig und eindeutig darzustellen: Name des Auftraggebers,

Projektbezeichnung, Projektzeitraum Beginn und Ende (Angabe jeweils Monat/Jahr), Name

und Kontaktdaten eines Ansprechpartners beim Auftraggeber des Referenzprojekts (Telefon,

Mail). Hierzu ist das Formular IX Projektleitung zu verwenden und ggf. zu vervielfältigen.

Mindestanforderungen: Die unter den Ziff. a) - f) genannten Anforderungen sind nachzuweisen

/ einzuhalten. Andernfalls erfolgt ein Ausschluss.

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Ein Bewerber kann andere Unternehmen als

Unterauftragnehmer und/oder Eignungsverleiher einsetzen. Diese sind im Angebot unter

Verwendung von Formular X zu benennen. Im Hinblick auf die Einreichung zusätzlicher

Unterlagen sind 3 Fälle zu unterscheiden: Fall 1: Für die Benennung eines

Unterauftragnehmers ohne Eignungsleihe hat der Bewerber zusätzlich für jeden

Unterauftragnehmer einzureichen: die zum Nachweis der Zuverlässigkeit und Gesetzestreue

des Unterauftragnehmers unter Abschnitt "Eintragung in ein relevantes Berufsregister

Eignung" (Nrn. 1 bis 6) der EU-weiten Bekanntmachung aufgeführten Unterlagen allesamt mit Ausnahme der Formulare I und IV. Fall 2: Für die Benennung eines Unternehmens als Unterauftragnehmer mit Eignungsleihe bezogen auf die technische oder berufliche Leistungsfähigkeit hat der Bewerber zusätzlich einzureichen: (ii) Die unter Abschnitt 5.1.9 "Eignungskriterien" dort unter "Referenzen zu bestimmten Lieferleistungen" (Nrn. 9 und/oder 10 und/oder 11/12) sowie (iii) die unter Abschnitt 5.1.9 "Eignungskriterien" Unterabschnitt "Eintragung in ein relevantes Berufsregister" (Nrn. 1 bis 6) der EU-weiten Bekanntmachung aufgeführten Unterlagen jeweils allesamt auch von diesem benannten Dritten mit Ausnahme der Formulare I und IV, (iv) eine Verpflichtungserklärung von dem Unterauftragnehmer unter Verwendung von Formular XI. Hinweis zu Fall 2: Ein Bewerber oder eine Bewerbergemeinschaft kann im Hinblick auf Nachweise für die erforderliche berufliche Leistungsfähigkeit wie die einschlägige berufliche Erfahrung die Kapazitäten anderer Unternehmen nur dann in Anspruch nehmen, wenn diese die Leistung, für die diese Kapazitäten benötigt werden, tatsächlich erbringen werden. Fall 3: Für die Benennung eines Unternehmens als Eignungsverleiher bezogen auf die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit hat der Bewerber zusätzlich einzureichen: (i) die unter Abschnitt 5.1.9 "Eignungskriterien", dort unter "Durchschnittlicher Jahresumsatz" (Nr. 8), (ii) die unter Abschnitt 5.1.9 "Eignungskriterien", dort unter "Eintragung in ein relevantes Berufsregister" (Nrn. 1 bis 6) der EU-weiten Bekanntmachung aufgeführten Unterlagen jeweils allesamt von dem Eignungsverleiher mit Ausnahme der Formulare I und IV, (iii) eine Verpflichtungserklärung von dem Unterauftragnehmer unter Verwendung von Formular XII. Hinweis zu Fall 3: Das Unternehmen wird in haftungsrechtlicher Hinsicht mit dem Zuschlagsempfänger als Gesamtschuldner behandelt. Es wird darauf hingewiesen, dass ein anderes Unternehmen nicht nur ein selbständiges, von dem Bewerber rechtlich verschiedenes Unternehmen sein kann, sondern hierunter auch ein konzernverbundenes/-angehöriges Unternehmen zu verstehen ist.

Kriterium: Maßnahmen zur Sicherstellung der Qualität

Beschreibung des Eignungskriteriums: Reduzierungskriterien: Sofern unter der "Art der Gewichtung" auf die "Gewichtung (Punkte, genau)" verwiesen wird, wird klargestellt, dass es sich dabei um die Höchstpunktzahl handelt, die ein Bewerber oder eine Bewerbergemeinschaft in diesem Eignungskriterium erhalten kann. Daraus ergeben sich folgende Reduzierungskriterien: 1. Umsatz des Bewerbers innerhalb der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre im Mittel, bezogen auf den Gesamtumsatz (insgesamt können maximal 10 Punkte erreicht werden)). 2. Anzahl der über die Mindestanforderungen hinaus eingereichten Unternehmensreferenzen im Formular VIII.1 (insgesamt können maximal 45 Punkte erreicht werden). 3. Anzahl der über die Mindestanforderungen hinaus eingereichten Unternehmensreferenzen im Formular VIII.2 (insgesamt können maximal 45 Punkte erreicht werden). Die jeweiligen Wertungspunkte werden zu einer Gesamtpunktzahl (maximal 100 Punkte) addiert. Näheres ist der Unterlage zum Teilnahmewettbewerb zu entnehmen. Diese ist unten o.g. Link abrufbar.

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Erweiterte Richtwertmethode

Beschreibung: Angebote werden nach der erweiterten Richtwertmethode bewertet. Näheres ist den Vergabeunterlagen zu entnehmen.

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 18/03/2026 23:59:59 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.vergabe.metropoleruhr.de/VMPSatellite/notice/CXPSYDFDGRS/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://www.vergabe.metropoleruhr.de/VMPSatellite/notice/CXPSYDFDGRS>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.vergabe.metropoleruhr.de/VMPSatellite/notice/CXPSYDFDGRS>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 30/03/2026 12:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Klarstellung: Mit dem vorstehenden Satz "Eine Nachforderung von Erklärungen, Unterlagen und Nachweisen ist teilweise ausgeschlossen" ist Folgendes gemeint: Der öffentliche Auftraggeber kann den Bewerber oder Bieter unter Einhaltung der Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung auffordern, fehlende oder unvollständige unternehmensbezogene Unterlagen, insbesondere Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise, nachzureichen oder zu vervollständigen oder fehlende oder unvollständige leistungsbezogene Unterlagen nachzureichen oder zu vervollständigen (vgl. § 51 Abs. 2 Satz 1 SektVO). Die Nachforderung von leistungsbezogenen Unterlagen, die die Wirtschaftlichkeitsbewertung der Angebote anhand der Zuschlagskriterien betreffen, ist ausgeschlossen. Dies gilt nicht für Preisangaben, wenn es sich um unwesentliche Einzelpositionen handelt, deren Einzelpreise den Gesamtpreis nicht verändern oder die Wertungsreihenfolge und den Wettbewerb nicht beeinträchtigen (§ 51 Abs. 3 S. 2 SektVO).

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Es wird auf die Vergabeunterlagen verwiesen.

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

Finanzielle Vereinbarung: Es wird auf die Vergabeunterlagen verwiesen.

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Westfalen bei der Bezirksregierung Münster

Informationen über die Überprüfungsfristen: 1. Etwaige Vergabeverstöße muss der Bewerber /Bieter gemäß § 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 GWB innerhalb von 10 Kalendertagen nach Kenntnisnahme rügen. 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, sind nach § 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 GWB spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Abgabe der Bewerbung oder der Angebote gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind nach § 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 3 GWB spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbungs- oder Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. 4. Ein Vergabenachprüfungsantrag ist nach § 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 GWB innerhalb von 15 Kalendertagen nach der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, bei der Vergabekammer einzureichen. § 160 Abs. 3 S. 1 GWB gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Abs. 1 Nr. 2 GWB. § 134 Abs. 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt. Gemäß § 134 Abs. 1 GWB haben öffentliche Auftraggeber die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, über den Namen des Unternehmens, dessen Angebot angenommen werden soll, über die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebots und über den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses unverzüglich in Textform zu informieren. Dies gilt auch für Bewerber, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die Zuschlagsentscheidung an die betroffenen Bieter ergangen ist. Gemäß § 134 Abs. 2 GWB darf ein Vertrag erst zehn Kalendertage nach Absendung (per Telefax, E-Mail oder elektronisch über die E-Vergabeplattform) der Information nach 134 Abs. 1 GWB geschlossen werden. Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber; auf den Tag des Zugangs beim betroffenen Bieter und Bewerber kommt es nicht an. Gemäß § 135 Abs. 1 GWB ist ein öffentlicher Auftrag von Anfang an unwirksam, wenn der öffentliche Auftraggeber 1) gegen § 134 GWB verstoßen hat oder 2) den Auftrag ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union vergeben hat, ohne dass dies aufgrund Gesetzes gestattet ist, und dieser Verstoß in einem Nachprüfungsverfahren festgestellt worden ist. Gemäß § 135 Abs. 2 GWB kann die Unwirksamkeit nach § 135 Abs. 1 GWB nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter und Bewerber durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:

Dortmunder Energie- und Wasserversorgung GmbH

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Dortmunder Energie- und Wasserversorgung GmbH

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Dortmunder Energie- und Wasserversorgung GmbH

Registrierungsnummer: DE 162678188

Postanschrift: Günter-Samtlebe-Platz 1

Stadt: Dortmund

Postleitzahl: 44135

Land, Gliederung (NUTS): Dortmund, Kreisfreie Stadt (DEA52)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Vergabestelle

E-Mail: stefan.mager@luther-lawfirm.com

Telefon: 0201922024014

Fax: 02019220110

Internetadresse: <http://www.dew21.de/>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Westfalen bei der Bezirksregierung Münster

Registrierungsnummer: DE164242157

Postanschrift: Albrecht-Thaer-Straße 9

Stadt: Münster

Postleitzahl: 48147

Land, Gliederung (NUTS): Münster, Kreisfreie Stadt (DEA33)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@bezreg-muenster.nrw.de

Telefon: 0251 411-1604

Fax: 0251 411-2165

Internetadresse: https://www.bezreg-muenster.de/de/wirtschaft_finanzen_kommunalaufsicht/vergabekammer_westfalen/zustaendigkeit_vergabekammer/index.html

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 76e25f88-9f64-4a68-9fce-b8737eabcb87 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 17

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 27/02/2026 13:49:53 (UTC+01:00)

Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 144070-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 42/2026

Datum der Veröffentlichung: 02/03/2026